

Zukunft der Judenheit und des Judentums sind ihnen gleich wichtige Elemente in der Wahrnehmung jüdischer Interessen.

Auf der Rechtsschutzkonferenz haben denn auch die Zionisten gerade wegen ihrer Einstellung eine Hauptrolle gespielt. Der Zionismus ist faktisch die Königsidee des Judentums. In ihm verkörpert sich der Kern bester jüdischer Kräfte und intensivsten jüdischen Wollens. Variierend könnte man einen Ausspruch Grillparzers auf den Zionismus in Anwendung bringen: In seinem Lager ist Judentum, die anderen aber sind Trümmer. Wohl hat die zionistische Organisation unter dem Druck der Notwendigkeiten, die aus dem Palästinaaufbau fließen, in den letzten Jahren sich hauptsächlich mit der Frage Palästinas beschäftigt, so daß allgemach die Ansicht entstehen konnte, der Zionismus verzichte auf seine vor und nach dem Kriege innegehabte führende Stellung im zeitgenössischen Judentum. Vielleicht mag die Annahme einer Vernachlässigung jüdischer Tagesaufgaben für die zionistische Organisation stimmen: der Zionismus als Ideologie kann absolut nicht auf den Anspruch verzichten, der zeitgenössische Ausdruck dessen zu sein, was lebendiges Judentum genannt wird. Darum sind alle Maßnahmen im jüdischen Leben, die auf Demokratisierung, Produktivierung, großzügigen Schutz jüdischer Rechte hinzielen, in der zionistischen Theorie begründet. Es mag einzelne Kreise im jüdischen Volke geben, die bloß wenige Schritte auf dem Wege zionistischen Denkens mitzumachen imstande sind und darum unterwegs stecken bleiben. Das Leben wird sich jedoch stärker erwei-

sen als diese Zögerer und Zauderer. Wer den Weg der jüdischen Demokratisierung und der Produktivierung des jüdischen Volkes geht, wird durch den Lauf der Ereignisse schon dahin geführt werden, daß all diese Tätigkeitsgebiete nur dann einen Sinn erhalten, wenn sie in der Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk gipfeln.

Um beim Bilde zu verbleiben, das den Propheten entlehnt ist, kann man die Rechtsschutzkonferenz, die in Zürich getagt hat, als Schwert betrachten, das das jüdische Volk in die Hand genommen hat, um sich seiner Haut zu wehren, um für seine Rechte zu kämpfen. Der Zionistenkongreß aber, der gegenwärtig in Basel tagt, ist der Kelle vergleichbar. Die Arbeit der Rechtsschutzkonferenz war notwendig. Im tiefsten Grunde aber ist sie negativ. Es kann nicht ewiges Ziel eines Volkes sein, sich immer in Abwehrstellung zu befinden. Ein lebendiges, lebendes Volk muß positive Aufgaben haben und diese positive Aufgabe kommt auf dem Zionistenkongreß zum Ausdruck. Mag der Aufbau Palästinas noch so schwierig sein, mögen sich die Widerstände zu Bergen türmen — will das jüdische Volk seine Zukunft sichern, will es seinem Sinnen und Trachten ein unverrückbares Ziel, seinem Leben einen Sinn verleihen, will es seinen Bestand sichern, dann kann es keinen anderen Weg gehen als den der positiven Arbeit, den Weg der Errichtung eines nationalen Heimes in Palästina, wohn alle Hoffnungen und alle Energien strömen und von wo Trost und Befruchtung in die Diaspora kommen sollen. M. W.

Tagung der Deutschen Agudas Jisroel in Berlin

Hamburg der neue Vorort

Berlin. Am Sonntag, dem 14. August 1927, fand der diesjährige Delegiertentag des deutschen Gruppenverbandes der „Agudas Jisroel“ in Berlin statt.

Die Tagung war trotz der Sommerferienzeit gut besucht. 60 Delegierte von Ortsgruppen waren vertreten. Von führenden Köpfen der Agudah konnte man Rabbiner Dr. Pinchas Kohn (Wien), Jacob Rosenheim (Frankfurt), Dr. Salomon Ehrmann (Frankfurt) und verschiedene andere bemerken. Der bekannte Pädagoge Dozent Dr. Moses Auerbach war Obmann der Berliner Delegation. Vertreter der hiesigen Palästina-Zentrale war Dr. Jacob Segall erschienen. Den „Keren Hatorah“ vertrat Wolf S. Jacobson (Hamburg).

Unter den Delegierten war die Jugend besonders gut vertreten.

Den Vormittag nahmen Sonderbesprechungen der Delegierten und eine Palästina-Konferenz ein. Die eigentliche Tagung wurde am Nachmittag von Gottfried Goldschmidt (Halberstadt) eröffnet. Zum Präsidenten der Tagung wurde Jacob Rosenheim, zum Sekretär Dr. Jacob Levy (Berlin) bestimmt.

Erster Gegenstand der Beratung war Neuwahl des Vororts für die deutsche Agudah. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig Hamburg gewählt. Der neue Vorstand setzt sich aus fünf Hamburger Herren (Oberrabbiner Dr. Spitzer, Studienrat Dr. Lipmann Schlesinger, Eschwege, Dr. S. Landau und Jacobson), sowie aus einer größeren Zahl in allen Teilen Deutschlands wohnender Persönlichkeiten zusammen.

Es folgte nunmehr ein Referat von Rabbiner Dr. Pinchas Kohn, das eine Uebersicht über den augenblicklichen Stand der Welt-Agudah sowie der einzelnen Landesorganisationen bot. Nur einige Einzelheiten seien hervorgehoben: Von der politischen Lage der polnischen Judenheit ausgehend, konnte Referent zeigen, wie trotz der inneren Differenziertheit, die zwischen den verschiedenen Landesteilen Polens herrscht, doch durch gemeinsame Arbeit die politischen Erfolge der Agudah in den Gemeindegewahlen erzielt werden konnten. Von besonderer Bedeutung ist das gute Verhältnis der jetzigen polnischen Regierung zur Agudah Jisroel. Auch die Wahlerfolge der Orthodoxie in der Tschechoslowakei fanden Würdigung. Amerika leistet wesentliche Arbeit bei der Finanzierung des „Keren Hatorah“. In Erez Jisroel ist durch die Bemühungen der Agudah erreicht worden, daß die neue Verfassung der religiösen Freiheit und den Rechten des alten überlieferten Judentums Rechnung trägt. Es sei erfreulich, daß die bei der Anwesenheit des Gerer Rebbe in Palästina bestandenen Differenzen nunmehr völliger Klärung und Einmütigkeit gewichen sind. Zusammenfassend bemerkt Redner, daß die einzelnen Landesorganisationen ihren eigenartigen politischen Verhältnissen entsprechend weitgehende Selbständigkeit haben müssen. Er freue sich, die enge vertrauensvolle Zusammenarbeit der Länder mit der Wiener Zentrale trotzdem feststellen zu können.

In seinem ergänzenden Referat stellte Jacob Rosenheim die Ausbreitung und Anerkennung der Agudah-Idee in der Welt dar, wo die selbständige unabhängige Orthodoxie ein Faktor geworden sei, mit dem alle politischen Größen rechnen. Im Gegensatz dazu ständen die nicht genügenden Geldmittel der Organisation. Aufgabe des deutschen Landesverbandes sei es, an der Besserung der Finanzen mitzuarbeiten.

Den Bericht über Palästina-Arbeit erstattete Dr. Salomon Ehrmann. Der Chinuch (Das Erziehungswerk) habe durch die Geldknappheit gelitten; jetzt sei es aber wieder möglich geworden, den Lehrern die vollen Gehälter zu zahlen. Die Zahl der Schulen sei in der Zunahme begriffen. Als die wirtschaftliche Lage den Verkauf der „Machane Jisroel“-Ländereien forderte, hätten einige der Leitung nahestehenden Persönlichkeiten den Boden gekauft, ihn auf diese Weise der Agudah erhalten. Die landwirtschaftliche Bestellung des Landes konnte erfolgen.

Die Debatte behandelte hauptsächlich die Verhältnisse der deutschen Agudah, der neuen Leitung wurden Wünsche und Anregungen gegeben, die sich auf folgendes beziehen:

Arbeit in den Ortsgruppen; Werbetätigkeit; Erfassung aller orthodoxen Kreise; Stellung zur Jugendorganisation und Jugendbewegung; soziale Betätigung und Fürsorge; Stellenvermittlung und Sabbat-Beobachtung; Ostjuden und Westjuden in Deutschland; Agudah-Presse; das orthodoxe Erziehungsproblem. Die Fülle der Vorschläge soll der neue Vorstand bearbeiten und, soweit sie nicht bereits in die Tat umgesetzt seien, einem im Jahre 1928 einzuberufenden Delegiertentag unterbreiten. Diesem Delegiertentage sollen auch die übrigen auf der Tagung angeschnittenen Fragen allgemeiner Bedeutung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Vom Weltverband Poale Zion. — Ein Interview mit Berl Locker. Basel. Die Konferenz des Weltverbandes Poale Zion, die in diesen Tagen in Basel abgehalten wird, beschloß, ihre Vertretung in London zu reorganisieren und die zionistisch-politische Arbeit unter der britischen Arbeiterpartei zu verstärken. In einem Gespräch mit dem JTA-Vertreter entwickelte Herr Berl Locker, der Leiter des Verbandsbureaus in Berlin, die poalezionistische Auffassung bezüglich der jetzigen Lage des Zionismus und sagte u. a.: Ihren Ausgangspunkt hat die jetzige Krise in der nicht richtigen Ausnutzung der vierten Alijah. Diese Massenbewegung wurde nicht in die Richtung der Produktivierung gelenkt. Noch vor dem 14. Zionistenkongreß warnten wir vor den Folgen einer unkontrollierten Einwanderung. Der 15. Kongreß wird aus dieser Krise die Lehre ziehen müssen, daß Palästina nur auf Arbeit aufgebaut werden kann. Der Kongreß wird vor allem Mittel zur Liquidierung der Arbeitslosigkeit durch Verstärkung des nationalen Einkommens und durch Heranziehung von privatem Kapital ergreifen müssen. Das Privatkapital müsse in einem gewissen Maße unter nationale Kontrolle gestellt werden. Weiter muß in nächster Zeit eine, wenn auch beschränkte Einwanderung von Chaluzim möglich gemacht werden, damit der Chaluzgeist in der Jugend erhalten bleibt. Bei den letzten Kongreßwahlen wurde der Arbeiterflügel gestärkt. Auf der Seite der bürgerlichen Parteien ist die Niederlage der polnischen Partei „Eth Liwnoth“ zu beachten, die nur vier Mandate zählen wird, während sie auf dem letzten Kongreß über 27 Mandate verfügte. Das linke Zentrum in Deutschland, das eine gewisse Rechtsschwenkung vollführt hat, hat bei den Wahlen Mißerfolg gehabt. Die Revisionisten und Radikalen haben nur einen kleinen Zuwachs erhalten. Bei der Festsetzung der weiteren zionistischen Politik wird man mit den wachsenden Kräften des Arbeiterflügels durchaus rechnen müssen.

Jüdische Reden auf dem Genfer Nationalitäten-Kongreß

Genf. Wie schon mitgeteilt wurde, sprach in der Eröffnungssitzung des Kongresses der Minderheitsnationen in Genf, Leo Motzkin, im Namen der jüdischen Minderheitsgruppen. Er unterstrich dabei die Bedeutung der eben beendeten Zürcher Konferenz zum Schutze der Rechte der jüdischen Minderheiten, in deren Verlauf nicht allein jüdische Minderheitsfragen, sondern auch Probleme der Minderheitsnationen überhaupt zur Klärung gebracht wurden. Er überbrachte dem Kongreß die Grüße der Zürcher Konferenz und schloß mit den folgenden Worten: Wir haben in Zürich gelobt, für die Ideale und Ziele aller Minderheitsnationen zu kämpfen; tun Sie das Gleiche!

Im Mittelpunkt der Sitzung von Mittwoch morgen stand das Referat des Präsidenten der Kommission für Zusammenarbeit, Leo Motzkin, der drei Resolutionen über Idee und Methode der Zusammenarbeit der Minderheiten formulierte. Resolution 1 lautet:

Der Kongreß erachtet es als eine Pflicht der nationalen Minderheiten, daß sie in jedem Lande streben, zur Entwicklung freundschaftlicher gegenseitiger Beziehungen und zu gemeinsamem Vorgehen auf den Gebieten der Minderheitsforderungen, insbesondere in der Beteiligung an den gesetzgebenden Körperschaften sich in irgendeiner Form zu verbinden bzw. zu verständigen und untereinander zu unterstützen.

Die Resolutionen, die u. a. auch von Leon Reik (jüd. Vertreter aus Polen) und Rabbiner Nurok (Lettland) befürwortet wurden, gelangten zur einstimmigen Annahme.

Beschlüsse der Zürcher jüdischen Rechtsschutzkonferenz

Zürich. Von den Beschlüssen, die die Zürcher Konferenz zum Schutze der Rechte der jüdischen Minderheiten gefaßt hat, sind noch folgende zu erwähnen.

1. Die Konferenz stellt mit Bedauern fest, daß die Bestimmungen der Minderheitsverträge über die Rechte der ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten noch in keinem Lande, wo sie verpflichtend sind, verwirklicht wurden. In einer Reihe Länder ist die bürgerliche Gleichberechtigung weder in den Gesetzen noch in der Tat durchgeführt worden. In einigen Ländern sind sogar Leben und Eigentum der jüdischen Bürger in Gefahr. Einige andere Länder, die eine kurze Zeit hindurch ihren internationalen Verpflichtungen nachgekommen waren, haben nachträglich die gewährten Rechte annulliert und ein Regime der Unterdrückung der jüdischen Minderheiten eingeführt. Andererseits nimmt die Konferenz mit Zufriedenheit Kenntnis davon, daß in manchen Ländern Versuche gemacht werden, die gerechten jüdischen Forderungen besonders auf dem Gebiete des Schulwesens zu befriedigen. Die Konferenz stellt fest, daß der jetzt bestehende Zustand in bezug auf die Minderheitsverträge nicht weiter geduldet werden darf und daß der Völkerbund dafür sorgen müsse, daß die Minderheitsverträge nicht zu einem wertlosen Fetzen Papier werden.

2. Die Konferenz erklärt, daß die volle Verwirklichung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Juden in den osteuropäischen Ländern, in denen die Juden in kompakten Massen wohnen und ein nationales Leben führen, nur dann möglich sein wird, wenn ihr Recht auf nationale Autonomie in den innerjüdischen Angelegenheiten anerkannt sein wird. Darin erkennt die Konferenz den wahren Sinn der in den Minderheitsverträgen verankerten Rechte der ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten.

3. Der jüdischen Bevölkerung jener Länder muß das Recht verliehen werden, öffentlich rechtliche Körperschaften ins Leben zu rufen, die sich mit allen inneren jüdischen Angelegenheiten zu befassen hätten und das Recht haben sollen, der jüdischen Bevölkerung Steuern aufzuerlegen. Diese Körperschaften bestehen aus Zentralorganen (Nationalräten, Oberräten oder Zentralräten) und aus lokalen Organen (Kehilloth). Diesen Körperschaften soll die Befugnis erteilt werden, im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung das jüdische Schulwesen zu verwalten, die Unterrichtssprache wie das Programm der jüdischen Schulen zu bestimmen. Ihnen soll ein entsprechender Teil des Budgets der Regierung und der Selbstverwaltungskörperschaften nach dem Zahlenverhältnis der jüdischen Bevölkerung zugeteilt werden.

4. Solange in diesen Ländern die Institutionen der nationalen Autonomie noch nicht bestehen, soll den privaten jüdischen Schulen mit hebräischer und jüdischer Unterrichtssprache Oeffentlichkeitsrecht erteilt und ein entsprechender Budgetteil nach der Zahl ihrer Schüler zuerkannt werden. In allen jüdischen Schulen muß — unabhängig von der Unterrichtssprache — das Hebräische in einem genügenden Maße gelehrt werden.

5. Die Konferenz sieht in dem Rechte, sich im öffentlichen Leben, in Versammlungen, bei Buchführungen und Dokumenten sich der hebräischen und jiddischen Sprache frei zu bedienen, eine wichtige Erfüllung des allgemeinen Rechtes der Minderheiten. In Gegenden und Stadtteilen, wo die Juden nicht weniger als 20 Prozent der allgemeinen Bevölkerung ausmachen, muß dem jüdischen Bürger das Recht zuerkannt werden, sich schriftlichen und mündlichen Verkehr mit den Staatsämtern seiner Sprache zu bedienen.